

Sie erpressten Minister, spielten sich zum Gesetzgeber auf und machten gemeinsame Sache mit den reichen Eliten. Die als Kontrolleure eingesetzten Technokraten aus IWF, EZB und EU-Kommission hatten in den Krisenstaaten eine Macht jenseits aller demokratischen Kontrolle

VON HARALD SCHUMANN

Wenn Antonis Maniakis von seiner Zeit als Minister in Athen erzählt, kann er seinen Zorn nur schwer verbergen. Er sei „erpresst“ worden, von Leuten, die „Angst und Schrecken verbreiten“, sagt er dann, und spricht von „Demütigung“ und „Unterwerfung“. Aber er meint keine Kriminellen. Seine Gegner waren Beamte des Internationalen Währungsfonds (IWF), der EZB und der EU-Kommission, jenen Institutionen also, die als Troika seit 2010 europäische Geschichte schreiben.

30 Jahre lang hatte der 69-jährige Jura-Professor in Montpellier, Rom und Thessaloniki Veral-tungsrecht gelehrt, bis er im Mai 2012 die größte Herausforderung seines Lebens antrat: Als unab-hängiger Fachmann übernahm er in dem – jetzt abgewählten – Kabinett unter dem konservativen Premier Antonis Samaras das Ministerium für die Reform der öffentlichen Verwaltung – ein Wahnsinnsjob. Der griechische Staat müsse sparen und Personal abbauen, forderten Griechenlands Kre-dinggeber. Und Maniakis lieferte. Bis zum Frühjahr 2013 war der öffentliche Dienst von fast einer Mil-lion auf gut 700 000 Angestellte geschrumpft, weil frei werdende Stellen nicht mehr besetzt und befristete Verträge nicht verlängert wurden. „Wir schafften das vereinbarte Ziel ohne Massenentlas-sung“, freute sich Maniakis, und es wurde sein Problem. Denn die Troika forderte, weitere 15 000 Staatsdiener zu feuern, davon 4000 sofort.

Treibende Kraft war der Däne Poul Thomsen, Leiter der Delegation des IWF, bei dem er seit 33 Jahren krisensicher beschäftigt ist. „Thomsen wollte Angst verbreiten, damit die anderen mehr arbeiten. Er wollte uns bestrafen“, ärgert sich Ma-niakis. Er dagegen wollte mithilfe der eigens en-dsantenen Experten aus den anderen Euro-Staaten, der „Task Force“, die Verwaltung tatsächlich refor-mieren. Die Unfähigen oder Korrupten sollten ge-hen, die Guten sollten belohnt werden, und das nach individueller Überprüfung. So hatten es ihm die Fachleute aus Frankreich geraten, um die Ver-waltung arbeitsfähig zu halten. „Ich wollte nach Recht und Gesetz vorgehen, darum bat ich um sechs Monate mehr Zeit“, erzählt Maniakis.

Doch die bekam er nicht. Stattdessen drohte Thomsen mit Kreditsperre. „Er rief mich nachts um elf per Telefon zu sich, und sagte mir, dass die Zahlung der nächsten acht Milliarden Euro nur von mir abhängig sei.“ Das Geld werde nicht über-

Das Gegenteil der proklamierten Ziele trat ein: Die Rezession dauerte an, die Steuereinnahmen fielen, und die Schuldenquoten wuchsen, anstatt zu sinken

wiesen, wenn er keine Entlassungsliste vorlege. „Er hat mich einfach erpresst“, erzählt Maniakis – zurecht mit Erfolg. Um Thomsens Forderung zu erfüllen, schloss die Regierung Anfang Juni 2013 den öffentlichen Rundfunk und setzte 2656 An-gestellte auf die Straße, illegal, wie der Oberste Ge-richtshof feststellte. Weitere Massenentlassungen von Lehrern, Ärzten und Schulspektoren folgten. „Das sabotierte unsere ganze Arbeit, die Fal-schen wurden entlassen, das Projekt war tot“, erin-nergte sich Maniakis, der daraufhin selbst kündigte. Auf seine Verwaltungsreform wartet Griechen-land noch heute.

Was der Ex-Minister berichtet, ist nur eine Epi-sode in der nun schon fünf Jahre währenden Arbeit der Troika. Doch die Willkür und die Machtanma-ßung der nicht gewählten Beamten aus Washing-ton und Brüssel, die er beschreibt, sind kein Einzel-fall. Mit ihrem Einsatz als Kontrolleure ganzer Sta-aten erhielt eine kleine Gruppe von Technokraten eine Macht jenseits aller demokratischen Kon-trolle. Und so exekutierten sie in den Krisenlän-dern ihre Art von Wirtschaftspolitik selbst dann, wenn sie nicht gewollt wurden. Sie hatten große Ziel-e, zuletzt darum kämpfte die neue Regierung in Grie-chenland so erbittert für das Ende dieses Regimes.

Einer, der das Unheil früh kommen sah, ist Paulo Batista, Exekutivdirektor für Brasilien im 24-köpfigen Vorstand des IWF. Batista war noch nie in Griechenland, aber die Experten des IWF selbst waren dagegen. Sie hatten große Zwei-fel, ob das Land den Kredit zurückzahlen könnte, die Verschuldung war zu groß“, bestätigt Batista, was offiziell bisher verschwiegen wurde. Nach den Regeln des Fonds hätte der Antrag abgelehnt werden müssen. Gemeinsam mit den Vertretern Indiens, Russlands und der Schweiz malnte Ba-tista damals, die geplanten Kredite würden ledig-lich „private durch öffentliche Finanzierung erset-zen“. Insofern könne es „nicht als Rettung von Griechenland gesehen werden, das sich einer schmerzhaften Anpassung unterziehen muss, son-dern als Rettungspaket für die privaten Gläubiger

von griechischen Schulden, vor allem europä-sche Finanzinstitute“. Es wäre „viel besser für Griechenland, einen Schuldenerlass zu verhan-deln“, forderte der IWF-Dissident.

Doch das wollten die Regierungen Frankreichs und Deutschlands unbedingt verhindern. Die fran-zösischen Banken hatten 20 Milliarden Euro im Feuer, die deutschen 17 Milliarden. Und in Domini-que Strauss-Kahn fanden sie einen willigen Helfer. Der damalige IWF-Chef, der später über seine Sex-Affären stürzte, wollte für das Präsidentenamt kandidieren und daher die Finanzbranche seines Landes vor Verlusten schützen. Darum ließ er in den Antrag einfügen, dass bei „hohem Risiko einer internationalen systemischen Wirkung“ die Kredit-vergabe doch erlaubt sei – ein Putsch, der Batista noch heute ärgert. Die Regünderung sei „völlig intransparent“ in einem 146 Seiten langen Doku-ment versteckt gewesen. Mangels Mehrheit im IWF-Vorstand, den Europäer und Amerikaner do-minieren, konnten die Kritiker das jedoch nicht ver-hindern. Mit Beschluss vom 10. Mai 2010 trat da-rum das erste gemeinsame Programm des IWF mit den Euro-Staaten in Kraft, das im Gegenzug für 80 Milliarden Euro Kredit die Troika als Kontrollin-stanz etablierte. Fortan reisten alle drei Monate bis zu 60 Beamte nach Athen, um jeden Zug der Regie-rung zu überwachen. „Dabei wurde so getan, als sei Griechenland nicht bankrott, sondern nur gerade nicht flüssig“, erklärt der Ökonom Yanis Varoufa-kis, der nun als Finanzminister mit den Konsequen-zen kämpft. „In dieser Lage dem insolventesten al-ler Staaten den größten Kredit der Geschichte zu ge-ben – wie drittklassige korrupte Banker –, das war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, empört sich Varoufakis. „Damit zwangen sie Griechenland in eine Verschuldung ohne Ende.“

Die Folgen waren verheerend. Weil die Zinslast extrem blieb, musste der Staatshaushalt radikal an-gepasst werden. Bis Ende 2013 fielen die öffentli-chen Ausgaben um 30 Prozent. Übertragen auf Deutschland wären das rund 400 Milliarden Euro, so viel wie der ganze Bundeshaushalt. In der Folge verlor die griechische Wirtschaft 26 Pro-zent ihrer Leistung, mehr als es je zuvor einem europäischen Land in Friedenszeiten widerfuhr.

Später argumentierten die Prüfer des IWF, die Wirkung des Kürzungsprogramms sei unter-schätzt worden, weil Thomsen und seine EU-Kol-legen mit falschen Annahmen kalkulierten. Doch das stimmt so nicht. Sie wussten, was sie taten. Schon im März 2010 schrieb der Vertreter des Fonds in Athen in einem als „Geheim“ deklari-erten Bericht den europäischen Direktoren im IWF-Vorstand: Würde man den EU-Sparvorgaben folgen, „würde dies eine scharfe Kontraktion der internen Nachfrage mit einer folgenden tiefen Re-zession verursachen, die das soziale Gefüge schwer belasten würde“. Und genau so kam es.

Das Gleiche wiederholte sich in Irland, Portugal, Zypern und Spanien, wenn auch in geringerem Um-fang. In allen Fällen dienten die vergebenen Notkre-dite dazu, private Gläubiger auf Kosten der Steuer-zahler von ihren Fehlinvestitionen freizukaufen. Und mit den zugehörigen Programmen sollten die Staaten dann „das Vertrauen der Finanzmärkte“ zu-rückgewinnen. Dazu mussten sie Haushaltsdefi-zite in Überschüsse verwandeln, um wieder als zu-verlässige Schuldner zu gelten. Doch das Konzept blendet aus, dass auch die privaten Haushalte und Unternehmen sparen mussten. „Wenn aber alle gleichzeitig weniger ausgeben, fallen die Einkom-men und die Wirtschaft schrumpft“, erklärt der Ökonom und Nobelpreisträger Paul Krugman (siehe Interview). So trat das Gegenteil der prokla-mierten Ziele ein: Die Rezession dauerte an, die Steuereinnahmen fielen, und die Schuldenquoten wuchsen, anstatt zu sinken (siehe Grafik). Einzig Ir-land entkam nach zwei Jahren dieser Falle, weil es eine starke Exportindustrie hat. Elektronik- und Pharmakonzerne nutzten den Fall der Löhne und steigerten die Produktion für ihre Kunden in Über-see. So kompensierten sie den Ausfall der Binnen-nachfrage, der mit dem Sparprogramm einherging.

Den zweiten Kardinalfehler der Troika-Pro-gramme bekamen jedoch auch die Iren hart zu spü-ren. Allein die Mittelschicht, die Staatsangestell-ten, die Rentner, Kranken und Arbeitslosen muss-ten die Last der Anpassung tragen. Die wirtschaftli-chen Eliten hingegen blieben überall verschont. Schlimmer noch: Die Troika zwang die Regierun-gen, wertvolle Staatsunternehmen zu Schleuder-preisen zu verkaufen, und verhalf so den Privile-gierten zu einem Gewinn. Die in Portugal in die chern, wie eine Tagesspiegel-Recherche belegte (http://europoly.tagesspiegel.de).

In Irland verloren die Angestellten des Staates im Schnitt 14 Prozent ihres Gehaltes, der Mindest-lohn wurde um zwölf Prozent gesenkt, die Renten gekürzt, die Hilfen für Behinderte gestrichen und 40 Milliarden Euro jährlich steuerfrei, ermittelte bei der Arbeitslosenquote von 15 Prozent das Ar-beitslosengeld um 750 Millionen Euro jährlich ge-senkt. Über die extremen Einnahmeverluste, die der irischen Staatskasse durch die Steuerdeals mit ausländischen Konzernen entstehen, haben die Euro-päer drängten auf die Beteiligung des Fonds an den Not-krediten für Griechenland, aber die Experten des IWF selbst waren dagegen. Sie hatten große Zwei-fel, ob das Land den Kredit zurückzahlen könnte, die Verschuldung war zu groß“, bestätigt Batista, was offiziell bisher verschwiegen wurde. Nach den Regeln des Fonds hätte der Antrag abgelehnt werden müssen. Gemeinsam mit den Vertretern Indiens, Russlands und der Schweiz malnte Ba-tista damals, die geplanten Kredite würden ledig-lich „private durch öffentliche Finanzierung erset-zen“. Insofern könne es „nicht als Rettung von Griechenland gesehen werden, das sich einer schmerzhaften Anpassung unterziehen muss, son-dern als Rettungspaket für die privaten Gläubiger

Doch in keinem ihrer zwölf Prüfberichte über Portugals „Fortschritte“ haben die Aufseher aus Brüssel und Washington auch nur erwogen, den Staatshaushalt auch durch eine Sondersteuer auf große Vermögen zu sanieren, die in Portugal in den Händen von ein paar Dutzend Familien kon-zentriert sind. So habe die Troika ein „rein ideolo-gisches Programm“ befördert, das „die soziale Struktur radikal geändert hat“, bilanziert der Öko-nom Francisco Louçã von der Universität Lissabon. Mit der Massenauswanderung drohe seinem Land nun eine „demografische Tragödie“. Nirgendwo fiel die Verteilung der Lasten unge-rechter aus als in Griechenland. Neben der Kür-zerte der staatlichen Gehälter und Renten um ein Drittel und der weitgehenden Abschaffung der Tar-irverträge verfügten die Troikaner 2012 auch die

nicht mal mehr sechs Prozent nach Tarif. Das drückte die Löhne radikal, vor allem für junge Leute. In der Altersgruppe bis 25 fiel das Entgelt um ein Viertel, selbst Akademiker erhalten oft nur noch den Mindestlohn von 565 Euro im Monat. Nur Jobs schaffte das nicht. Darum verlassen jede Woche rund 2000 Portugiesen ihre Heimat, ein Zehntel der Arbeitsbevölkerung ist schon im Exil.

In Portugal wurde das System der Tarifverträge zerschlagen. Heute arbeiten nicht mal mehr sechs Prozent nach Tarif

Doch in keinem ihrer zwölf Prüfberichte über Portugals „Fortschritte“ haben die Aufseher aus Brüssel und Washington auch nur erwogen, den Staatshaushalt auch durch eine Sondersteuer auf große Vermögen zu sanieren, die in Portugal in den Händen von ein paar Dutzend Familien kon-zentriert sind. So habe die Troika ein „rein ideolo-gisches Programm“ befördert, das „die soziale Struktur radikal geändert hat“, bilanziert der Öko-nom Francisco Louçã von der Universität Lissabon. Mit der Massenauswanderung drohe seinem Land nun eine „demografische Tragödie“. Nirgendwo fiel die Verteilung der Lasten unge-rechter aus als in Griechenland. Neben der Kür-zerte der staatlichen Gehälter und Renten um ein Drittel und der weitgehenden Abschaffung der Tar-irverträge verfügten die Troikaner 2012 auch die

Senkung des Mindestlohns um ein Fünftel auf 3,40 Euro pro Stunde. Weil sich selbst die Arbeit-geberverbände dagegen aussprachen, verweigerte der damals zuständige Minister Giorgos Koutrou-manis seine Zustimmung. Aber auch er berichtet, die Aufseher der Euro-Gruppe hätten gedroht, „die nächste Tranche zu sperren“. Die Regierung habe schließlich der „Erpressung“ nachgegeben.

Ganz anders dagegen gingen die heimlichen Lenker des griechischen Staates mit dem chro-nischen Steuerbetrug der Reichen um. Zwar war die effektive Steuererhebung ein erklärtes Ziel des Troika-Programms. Aber der Filz zwischen den alten Parteien und der Oligarchenkaste verbin-derte das, und die Troika fand sich damit ab. Exem-plarisch war der Umgang mit der Liste der 2600 Schwarzgeldkonten von Griechen bei der Schwe-izer Filiale der Großbank HSBC, die Christine La-garde, heute Chefin des IWF, als Frankreichs Fi-nanzministerin schon 2010 ihrem griechischen Kollegen übergeben hatte. Bis Ende 2014 wurde nicht ein einziger der Täter vor Gericht gestellt. Doch an diesem Punkt, so berichtet die Anwältin und heutige Parlamentspräsidentin Zoë Konstan-tinopoulou, machte die Troika keinen Druck. „Im Gegentei, der IWF-Vertreter im Finanzministe-rium hat den Beamten sogar abgeraten, diese Fälle zu untersuchen“, erfürh sie von Zeugen in einem Untersuchungsausschuss zum Thema.

Umso härter traf es dafür jene, die sich am we-nigsten wehren konnten: arbeitslose Kranke, Kin-der und alte Leute ohne Rente. Sie wurden Opfer der willkürlichen Festlegung, dass die Gesun-heitsausgaben sechs Prozent des Bruttoinlands-produkts nicht überschreiten dürfen. Das för-derte die Troika ab 2011, obwohl ihre Auftragge-ber das in den eigenen Ländern niemals wagen würden. Deutschland leistet sich zehn Prozent,

der EU-Durchschnitt liegt bei acht. Im Ergebnis mussten 40 Prozent der Krankenhäuser schlie-ßen, die Hälfte der 6000 Ärzte in den öffentlichen Flughäfen, selbst Akademiker erhalten oft nur noch den Mindestlohn von 565 Euro im Monat. Nur Jobs schaffte das nicht. Darum verlassen jede Woche rund 2000 Portugiesen ihre Heimat, ein Zehntel der Arbeitsbevölkerung ist schon im Exil.

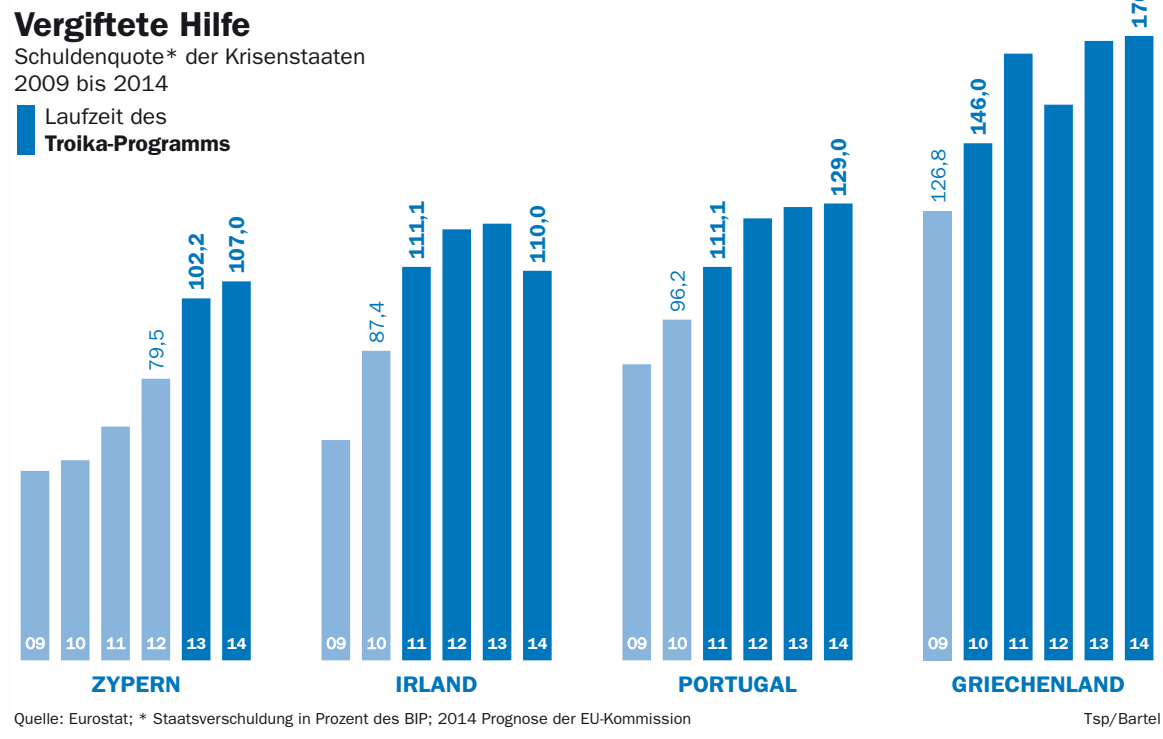
Die Konsequenzen erlebt der Internist George Vichas jeden Tag. Gemeinsam mit 100 weiteren Ärzten betreibt er in seiner Freizeit eine provisori-sche Ambulanz auf dem Gelände des stillgelegten Flughafens Helenikon in Athen, wo täglich hun-derte Kranke um Hilfe bitten. Aber diese und ähnli-che Einrichtungen erreichen nur einen kleinen Teil der Bedürftigen. Vor allem chronisch Kranke wie Diabetiker und auch Krebskranke bleiben oft ohne Behandlung. Schon sei ein Fünftel der Kinder nicht mehr geimpft, sodass die Rückkehr der Kindererfä-hung drohe, warnt Vichas. Gleichzeitig verbreite sich Tuberkulose, Hepatitis und HIV. Griechen-lands Gesundheitswesen sei „nicht reformiert, son-dern zerstört“ worden, und der wirtschaftliche Schaden werde letztlich „größer sein als die Erspar-nis“. Jeden Monat „sterben Hunderte, vielleicht mehr als tausend Menschen in Griechenland, nur weil sie keine medizinische Hilfe bekommen“, klagt der Mann, der bis zur Erschöpfung dagegen ankämpft. Er meine, sagt Vichas, „dass diejenigen, die dafür verantwortlich sind, vor Gericht gestellt werden müssen“.

Die Beamten der Troika könnte auch das nicht treffen. Sie genießen diplomatische Immunität.

MITARBEIT: N. LEONTOPOULOS, E. SIMANTKE — Dieser Bericht beruht auf Recherchen für den Film „Macht ohne Kontrolle – die Troika“ von Ha-rald Schumann und Arpad Bondy, der bei Arte am 24.2. um 21.50 Uhr gesendet wird.



Illustration: Benjamin Hohmeister. Gestaltung: Sibone Wines



„Für die Deutschen schwer zu verstehen“

Der Ökonom und Nobelpreisträger Paul Krugman kritisiert Europas Sparpolitik als destruktiv und erklärt, warum Schuldner nicht alle Verantwortung tragen sollten

Der deutsche Finanzminister Schäuble erklärt die Probleme der Euro-Zone damit, dass die Regierun-gen der Krisenstaaten zu lange mehr Geld ausga-ben, als sie einnahmen und damit in die Überschul-dung rutschten. Darum sei es unverzichtbar, dass sie sparen. Hat er nicht recht?

Das trifft allenfalls auf Griechenland zu, und ist auch da nur ein Teil der Geschichte. Aber für alle anderen Länder stimmt diese Story überhaupt nicht. Das ist schon eine erstaunliche Umdeutung der Geschichte. Tatsächlich sind doch die Märkte heißgelaufen, aber dann heißt es, die Regierungen hätten unverantwortlich gehandelt. In Spanien, Portugal und Irland gab es eine Immobilienblase, die über den privaten Sektor finanziert wurde, oder auch von deutschen Landesbanken, die spani-schen Sparkassen Kredite gaben. Erst als diese Blase dann platzte, entstanden mit der folgenden Rezession diese großen Budgetdefizite. Aber ist es dann die Lösung, die Ausgaben zu kürzen und die Steuern zu erhöhen? Oder sollte man besser das tun, was der Wirtschaft wirklich hilft?

Aber die Regierungen bekamen doch am Markt kei-nen Kredit mehr.

Das war für einige Zeit so, aber nicht mehr, seit-dem die EZB ihren Job macht. Herr Draghi hat 2012 diesen berühmten Satz gesagt, man werde tun, was immer nötig ist, und siehe da, die Zinsen für neue Staatsanleihen sanken überall so tief wie nie. Und das kam nicht wegen der Sparpolitik, der Austerität, sondern weil die EZB versprach, kei-nem Staat werde das Geld ausgehen. Was soll also all dieser Schmerz mit dem Sparen?

Also noch mehr Schulden machen?

Die USA und Großbritannien hatten ja auch nie ein Problem mit dem Vertrauen der Märkte, ob-wohl sie noch größere Haushaltsdefizite in der Krise hatten. Jetzt wächst ihre Wirtschaft wieder.

Sie meinen, sparen in der Krise funktioniert nicht?

Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen der Austerität und dem wirtschaftlichen Niedergang. Jeder Euro, den die Staaten gespart haben, hat 1,3 bis 1,5 Euro des Bruttoinlandsprodukts gekostet, darum sind die Volkswirtschaften geschrumpft. Die empirischen Fakten sind überwältigend. Für die Leute, und wenn ich das sagen darf, besonders für die Deutschen ist es wohl schwer zu verstehen: Die Wirtschaft ist ein Kreislauf. Meine Ausgaben sind Ihr Einkommen, Ihre Ausgaben sind mein Ein-kommen. Wenn nun jeder gleichzeitig weniger aus-gibt, dann fallen die Einkommen und die Wirt-schaft schrumpft. Wenn also der private Sektor überschuldet ist und kürzt, und dann auch der staatliche Sektor die Ausgaben zurückfährt, wer soll dann noch kaufen? Es kann einfach nicht funk-tionieren, wenn es alle zur selben Zeit tun.

Wenn das so klar ist, warum meinen Sie, halten die Euro-päer dann trotzdem an der Austeritätspolitik fest?

Die Erklärung, die es am ehesten verzeihlich macht, lautet, dass die Deutschen ihre eigene Er-fahrung zum Modell gemacht haben. Sie sagen, wir haben Sparpolitik betrieben, als wir 1999/2000 in die Krise kamen, und jetzt geht es uns gut. Können die anderen Länder es nicht ge-nauso machen? Die Antwort ist natürlich: Deut-schland konnte mit massiven Handelsüberschüs-sen wirtschaften und damit seine Einnahmen trotz Ein-sparungen im Staatshaushalt halten, weil es die-nen großen schuldenfinanzierten Boom in Spa-nien und den anderen Ländern gab. Nun sagt Deutschland den anderen Staaten, ihr müsst ma-chen, was wir getan haben. Aber es sagt auch, wir

werden nicht tun, was ihr getan habt. Schulden machen und mehr importieren als expor-tieren?

Genau. Deutschland sieht nur die eigene Erfah-rung und denkt, Austerität hat bei uns funk-tioniert, und versteht nicht, dass es immer auf den Kontext ankommt. Aber es gibt auch andere Mo-tive, etwa bei den vielen Leuten, die ohnehin ent-schlossen sind, den Sozialstaat zu schrumpfen.

Sie meinen, das Argument von den exzessiven Staatsausgaben ist nur ein Vorwand, um eine an-dere Politik durchzusetzen?

Ich sage nicht, dass dies bewusst geschieht, aber für manche passt es gut zu ihren politischen Priori-täten, und dann verfallen sie auf diese Theorien, die ins Desaster führen. Und dann gibt es auch noch die Moralisten, die zornig werden, wenn man ihnen vorrechnet, dass ihr Ansatz einfach nicht aufgeht.

Was meinen Sie mit Moralisten?

Na ja, diese Sache mit den bösen Schulden. Als jemand, der Englisch spricht, frage ich mich, ob die Tatsache, dass im Deutschen die Worte „Schul-den“ und „Schuld“ fast gleich lauten, da eine Rolle spielt.

Sie meinen, dass der Schuldner auch als schuldig angesehen wird?



Paul Krugman, 61, ist einer der führenden US-Ökonomen. Er lehrt in Princeton und schreibt regelmäßig eine viel beachtete Kolumne in der „New York Times“. Mit ihm sprach Harald Schumann.

Ja, obwohl der Kredit eine zentrale Funktion unse-rer Wirtschaft ist. Darum finde ich es auch bemer-kenswert, dass die ganze Verantwortung in Eu-ropa nur den Schuldnern auferlegt wird. Dabei ist doch klar, wenn jemand ohne ordentliche Prüfung einen Kredit vergibt, und die Sache läuft schief, dann muss auch der Gläubiger einen Teil des Ver-lusts tragen. In Europa müssen aber die Schuldner alles allein zahlen.

Aber selbst wenn die Gläubiger in Griechenland mit einem frühen Schuldenerlass einen Teil der Last über-nommen hätten, hätte die griechische Regie-rung sparen müssen. Dort war das Haushaltsdefizit unbestreitbar auch ohne Krise viel zu hoch.

Das stimmt, in Griechenland war eine gewisse Sparpolitik vermutlich nicht zu vermeiden. Aber doch nicht in dieser Größenordnung! Dort wur-den in zwei Jahren Ausgabenkürzungen und Steu-ererhöhungen in Höhe von 15 Prozent des Brut-toinlandsprodukts verhängt. Ein paar Prozent ja, aber doch nicht 15. So etwas ist unglaublich de-struktiv und hat die wirtschaftliche Lage des Lan-des nun ganz sicher nicht verbessert.

Das hätte aber bedeutet, dass man Griechenland noch mehr Geld hätte leihen müssen, um dem Land mehr Zeit für die Anpassung zu verschaffen.

Aber weit weniger, als es dann später nötig war. Die Austerität hat Griechenlands Wirtschaft so stark geschrumpft, dass es heute kaum noch die Einna-hmen drastisch fallen sind. Darum hätte eine mil-dere Sparpolitik allenfalls etwas mehr Geld ge-bracht. Aber dafür würde es dem Land jetzt viel besser gehen.

Völlig losgelöst

Die Troika gründet nur auf Vereinbarungen zwischen den Regierungen der Euro-Zone. Ihre Beamten üben Macht aus, die kein Parlament und kein Rechnungshof kontrolliert

Als die Euro-Staaten im Mai 2010 das erste Kreditprogramm für Griechenland auf den Weg brachten, trafen sie eine weitere folgen-schwere Entscheidung. Die Regierung in Athen musste sich im Gegenzug einer Institu-tion unterwerfen, die in keinem europäischen Vertrag und keiner Verfassung jemals vorge-sehen war: dem Verbund aus IWF, EZB und EU-Kommission, den griechischen Journalisten alsbald mit dem Begriff Troika belegten.

Deren Arbeit fußt damit lediglich auf einer Vereinbarung zwischen den Regierungen, ist also eine „intergouvernementale“ Konstruk-tion, wie es im Juristenjargon heißt. In der Kon-sequenz geschieht alles, was die Beamten der Troika tun, juristisch gesehen außerhalb des Vertrags der Europäischen Union und ihrer In-stitutionen. Damit sind sie nicht mal an die EU-Charta der Grundrechte gebunden.

So üben die eingesetzten Technokraten aus Brüssel, Frankfurt und Washington in den Kri-senstaaten erhebliche Macht aus und sind doch keinem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig. Zwar haben die deutschen Be-amten Klaus Masuch und Matthias Mors, die für die EZB und die EU-Kommission die Ver-handlungen in den „Programmländern“ füh-ren, an Anhörungen im Europaparlament teil-

genommen. Doch Europas Volksvertreter ha-ben auf deren praktische Politik kein Um-gang mit den Regierungen in Athen, Dublin, Lissa-bon und Nikosia keinen Einfluss. Allein die Fi-nanzminister der Euro-Gruppe können den Troika-Beamten Anweisungen geben.

Allein die Finanzminister der Euro-Gruppe können den Aufsehern Anweisungen geben

In der Praxis wissen aber auch die Minister oft nicht, was ihre Aufseher tun. Sie „unter-stützen die Empfehlungen der Troika, ohne ihre konkreten Implikationen zu prüfen“, er-klärte der frühere Vorsitzende der Euro-Gruppe und heutige Kommissar Jean-Claude Juncker dem Parlament. Auch der Euro-päische Rechnungshof ist außen vor. Die wirt-schaftliche Rationalität der Troika-Pro-gramme wurde darum nie von unabhängigen Fachleuten anhand der internen Dokumente

überprüft, obwohl die angestrebten Ziele in al-len Mitgliedsländern auf dem Papier beim Um-gang mit den Regierungen in Athen, Dublin, Lissa-bon und Nikosia keinen Einfluss. Allein die Fi-nanzminister der Euro-Gruppe können den Troika-Beamten Anweisungen geben.

Dabei agieren die Beamten der EU-Kom-mission in einer bizarren Doppelrolle. Rechtlich sind sie ausdrücklich verpflichtet, die geltende EU-Verfassung, den Vertrag von Lissabon, ein-zuhalten. Dort heißt es aber zum Beispiel im Ar-tikel 153, dass die EU und ihre Organe „nicht für die Arbeitsentgelt“ zuständig sind. Einmal-men drastisch gefallen sind. Darum hätte eine mil-dere Sparpolitik allenfalls etwas mehr Geld ge-bracht. Aber dafür würde es dem Land jetzt viel besser gehen.

Selbst diesen „Vertragsbruch“, wie der Euro-päische Gewerkschaftsbund befand, ließ die konservativ-liberale Mehrheit im Europaparl-a-ment aber unbeanstandet. Nach einer Untersu-chung der Troika-Praxis einigten sich die Parla-mentarier vor einem Jahr nur darauf, dass die Troika Arbeitsentgelt durch einen „Europäer-Währungsfonds“ ersetzt werden soll, der dem Euro-päischen Rat und damit der parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Das allerdings würde eine Änderung des EU-Vertrags und die Zu-stimmung aller Regierungen erfordern. hsc